

Substanzielles Protokoll 36. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Dezember 2014, 17.00 Uhr bis 19.01 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Joe A. Manser (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen

4. [2014/280](#) Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudgets)

FV

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

577. 2014/280
Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 35, Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

Antrag 287.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Schulamt beantragt für die Verpflegung bei der Mittagsbetreuung 15,9 Millionen Franken. Neben Verpflegungskosten fallen darüber hinaus auch Betreuungskosten an. Die Stadt plant, flächendeckend Tagesschulen einzuführen. Das wird uns extreme Millionenbeträge kosten. Wir werden eine ausserparlamentarische Opposition gegen dieses Projekt machen, um einen Sinneswandel zu erzielen. Offenbar soll das Projekt mit 2000 Kinder durchgeführt werden. Wir sind gegen den Ausbau der Mittagsbetreuung und beantragen eine Kürzung der Mittagsverpflegung um 2 Millionen Franken.

Andrea Nüssli (SP): Die Diskussion zu den Tagesschulen wird im Rahmen der Weisung geführt werden. Die Mehrheit befürwortet das Pilotprojekt und lehnt einen Rückbau bei der Mittagsbetreuung und der Verpflegung ab.

S. 331	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3135 0000	Lebensmittel			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
287.	Antrag Stadtrat				Mehrheit
					15 591 000
					Minderheit
			2 000 000		13 591 000
					Stimmen
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürliemann (SVP)

Begründung: Rückbau der Mittagsbetreuung und Verzicht Pilot Tagesschulen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 288.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Budgetiert sind 4 840 700 Franken für Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter. Der Verwaltungsapparat wächst überproportional, gleichzeitig steigen auch die Dienstleistungen Dritter. Innerhalb von zehn Jahren trat eine Kostensteigerung von 54 % ein. Projekte werden an Dritte vergeben, obwohl das Schul- und Sportdepartement über kompetente Mitarbeiter verfügt, die die gewünschten Projekte durchführen können. Die Anzahl der Projekte ist nicht massvoll. Teilweise überfordern die Projekte auch die Lehrpersonen, die diese umsetzen und anwenden sollen. Kaum ist ein Projekt eingeführt, kommt bereits das nächste. Es bleibt keine Zeit zur Konsolidierung. Die Projekte rauben den Lehrpersonen viel Energie, die anschliessend im Unterricht fehlt. Die SVP beantragt eine massvolle Durchführung von Projekten und eine Kürzung um 1 515 900 Franken.

Andrea Nüssli (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass es sich um sinnvolle Möglichkeiten handelt, die hier durch Dritte angeboten werden.

S. 331	50 5010 3180 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
288.	Antrag Stadtrat				4 840 700	Mehrheit
			1 515 900		3 324 800	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
			Begründung: Verzicht auf unnötige Förder- und Kulturmassnahmen			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 1 515 900 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 289.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Budgetiert sind 475 500 Franken für Entschädigungen für Dienst-

leistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, Projektberatung und Organisationsentwicklung. Die SVP beantragt auf diesem Konto eine Kürzung von 192 400 Franken. Auf externe Dienste wie Förderprogramme und Sonderpädagogik soll verzichtet werden. Darunter fällt zum Beispiel mit 70 000 Franken die koordinierte regel- und sonderpädagogische Förderung in der Volksschule. Unserer Meinung nach sollen diese Dienste, wenn überhaupt, intern ausgeführt werden.

Andrea Nüssli (SP): Um die Tagesschulen gut umsetzen zu können, braucht es Unterstützung in der Projektbegleitung, -beratung und -entwicklung und insbesondere auch eine entsprechende Evaluation, so dass die eingesetzten Ressourcen auch nachhaltig eingesetzt werden und das Projekt auf einen guten Weg kommt. Die Mehrheit ist nicht der Meinung, dass hier gespart werden soll.

S. 331	50 5010 3186 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
289.	Antrag Stadtrat				475 500	Mehrheit
			192 400		283 100	Minderheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
			Begründung: Verzicht auf externe Dienste, Sonderpädagogik und Tagesschulen			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 020. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 192 400 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 290.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Es geht um Entschädigungen an den Bund. Aufgrund der Antworten des Schulamts ist die RPK zum Schluss gekommen, dass hier eine Verbesserung um 130 000 Franken möglich ist.

S. 332	50 5010 3500 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Entschädigungen an Bund				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
290.	Antrag Stadtrat				130 000	

130 000

0 Zustimmung Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Gemäss Antworten Schulamt

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 291.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Schulamt verlangt 129 Millionen Franken Entschädigung an den Kanton für Löhne der Lehrkräfte. Wir beantragen eine Kürzung von 9,6 Millionen Franken. Bei den Schulleitungen sollen 15 Vollzeitstellen ausgebaut werden. Das lässt vermuten, dass die Anforderungen bei den Schulleitungen und Lehrpersonen steigen. Man versucht, mit Co-Schulleitungen oder mit zwei Lehrkräften pro Klasse Verantwortung zu teilen. Diese Tendenz können wir nicht unterstützen. In der Stadt haben wir pro Klasse durchschnittlich 16 Schüler. Diese Zahl kann durchaus erhöht werden. Wir wollen das Klassenlehrersystem stärken und fordern einen Rückbau der Modularisierung des Volksschulunterrichts und der Lehrerschaft. Es gibt viel Einsparpotenzial.

Andrea Nüssli (SP): Die Mehrheit hält die Forderung der Minderheit für unrealistisch. Wir müssen die Löhne dem Kanton zurückzahlen. Es existieren gesetzliche Grundlagen. Hinsichtlich der steigenden Schülerzahlen gibt es keinen Grund, die Anzahl Lehrpersonen zu senken.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die Begründungen der Linken sind fadenscheinig. Es wird von gesetzlichen Vorgaben gesprochen. Doch es ist nirgends gesetzlich vorgegeben, dass eine Klasse aus nur 16 Schüler bestehen soll. Alle in diesem Parlament müssen Leistungen erbringen, damit die Kosten gesenkt werden können. Wenn den Personen, die an oberster Stelle verantwortlich sind, etwas an den Finanzen der Stadt liegen würde, würden sie Ideen entwickeln und Lösungen ausarbeiten. In einigen Departementen wird nicht einmal über allfällige Sparmöglichkeiten nachgedacht. Wenn man sich dann noch hinter sogenannten gesetzlichen Vorgaben versteckt, schlägt das dem Fass den Boden aus.

Dr. Daniel Regli (SVP): Andrea Nüssli (SP) nimmt den Stadtrat in Schutz und schiebt dem bürgerlich dominierten Kantonsrat die Schuld zu. Das ist nicht legitim. Es ist nicht so, dass die Stadt bei so grossen Posten keinen Handlungsspielraum hätte. Ich bezweifle, dass der Kanton die 15 Schulleitungsstellen gefordert hat und dass die Stadt – auch bezüglich der Klassengrössen – über keinen Handlungsspielraum verfügt.

Andrea Nüssli (SP): Wir schaffen diese Stellen für unsere Kinder. Damit sie eine gute Bildung erhalten, damit die Integration gelingen kann. Wir haben in der Stadt eine sehr

multikulturelle Gesellschaft und können mit dieser gut umgehen. Dies liegt auch daran, dass wir Schulleitungen in den Schulen, genügend Klassenlehrpersonen und Unterstützung in diesem Bereich haben.

Roger Liebi (SVP): *Es könnten durchaus grössere Klassen geführt werden. Mit möglichst vielen Angestellten wird nicht zwingend alles besser. Es kommt auf die Qualität des Lehrers an und wie er mit den Klassen umgeht. Wir haben ausgezeichnete Lehrer in der Stadt und im Kanton. Ich vermute, dass es den Linken letztlich nicht um die Kinder geht, sondern darum, dass sie möglichst viele ihrer Leute irgendwo anstellen können.*

Felix Moser (Grüne): *Gemäss der aktuellen Ausgabe des statistischen Jahrbuchs der Stadt beträgt die mittlere Klassengrösse im Kindergarten und in der Volksschule 19,6 Kinder. Es ist mir nicht klar, wie die SVP auf eine Zahl von 16 kommt.*

Thomas Schwendener (SVP): *Wir waren früher 35 Kinder in einer Klasse. Niemand hat sich beschwert. Aus allen Kindern ist etwas geworden, aus mir sogar ein Gemeinderat.*

S. 332	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3510 0101	Entschädigungen an Kanton für Löhne der Lehrkräfte			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
291.	Antrag Stadtrat				Mehrheit
					229 620 800
					9 600 000
					220 020 800
					Minderheit
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
					Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
			Begründung:	Rückbau des Lehrkörpers und vermehrt Klassenlehrpersonen, grössere Klassen	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 292.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): *Bei den Beiträgen an private Unternehmungen ist innerhalb von fünf Jahren eine Kostensteigerung von 37 % eingetreten. Die SVP ist der Ansicht, dass die privaten Mittagstische, die rund 260 000 Franken kosten, nicht subventioniert werden sollten. Auch der Beitrag an die Kanzleibibliothek in der Höhe von 30 000 Franken sollte in Zeiten wie diesen gestrichen werden. Das ermöglicht insgesamt Einsparungen von 290 000 Franken.*

Andrea Nüssli (SP): *Die erhöhte Nachfrage nach Mittagsbetreuung hat nicht nur auf die städtischen, sondern auch auf die privaten Betreuungseinrichtungen Auswirkungen. Die Betreuungsplätze der privaten Mittagstische werden ausgebaut. Zudem nehmen auch vermehrt Sonderschülerinnen und -schüler in öffentlichen und privaten Schulen*

diese Betreuung in Anspruch. Deshalb braucht es diese Beiträge.

S. 332	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3650 0000	Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
292.	Antrag Stadtrat				317 600 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
			290 000		27 600 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
		Begründung:	Keine Subvention privater Mittagstische, Streichung Beitrag Kanzlei Bibliothek			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 293.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Andrea Nüssli (SP): Das Schulamt plant eine Professionalisierung und Vereinheitlichung der Websites in den Schuleinheiten. Die Websites sind derzeit sehr individuell und zeigen so auch eine individuelle Schulkultur. Nun sollen sie mit Hilfe der OIZ auf eine gute Datenschutzstruktur gestellt werden und eine sinnvolle Bewirtschaftung zulassen, damit bei Veränderungen problemlos Anpassungen vorgenommen werden können. Wir denken, dass dies auch mit der Hälfte der Mittel machbar ist. Wir sind gegen eine Vereinheitlichung und möchten, dass die Schuleinheiten in diesem Bereich ihre Individualität behalten dürfen.

Christian Traber (CVP): Wir sind der Meinung, dass es die ergänzende Unterstützung braucht. Es braucht eine gewisse Synergie und Vereinheitlichung. Deshalb beantragen wir den ungekürzten Betrag.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Auch wir sehen hier eine Sparmöglichkeit und wechseln deshalb zur Mehrheit.

S. 333	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3910 0000	Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
293.	Antrag Stadtrat				8 576 400 Minderheit	Christian Traber (CVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne)

50 000	8 526 400	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
Begründung:	Nur Unterstützung der bestehenden Website, keine Neukonzipierung und Vereinheitlichung		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 109 gegen 15 Stimmen zu.

Antrag 294.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit beantragt, auf die geplante Stellenerhöhung im Konservatorium zu verzichten und das Budget um 187 500 Franken zu verbessern.

Martin Götzl (SVP): Die Ausgaben für den Lehrkörper am Konservatorium sind mit rund 36 Millionen Franken um rund 38 % höher budgetiert als vor fünf Jahren. Die Minderheit 2 stellt den Antrag auf eine Kürzung um 2 036 000 Franken. Die Einsparung soll mit dem Rückbau des Lehrkörpers realisiert werden. Der aktuelle Bestand von 608 Lehrpersonen inklusive VikarInnen ist ineffizient. Wir fordern die Rückkehr von Bedarfs- auf Angebotssteuerung.

Andrea Nüssli (SP): Musik ist wichtig für die Kinder. Immer mehr Kinder wollen Musik machen, sowohl im Instrumental- wie auch im Singunterricht als auch im Klassenmusizieren. Gerade letzteres ist nachhaltig. Es ist eine Freude zu sehen, mit welcher Dynamik in den Klassen musiziert wird. Dies kann manchem Kind helfen, sich zu integrieren oder eine andere Fähigkeit besser auszubauen. Wir möchten diese Entwicklung nicht bremsen. Auch wenn wir hier ein Sparpotenzial sehen, halten wir eine Kürzung nicht für nötig.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Wir haben im Rat über die Fusion des Konservatoriums mit der Musikschule gesprochen. Geplant war eine Konsolidierung mit der Nutzung von Synergien und mehr. Aus den Synergiemassnahmen, die getroffen wurden, resultiert nun aber ein zusätzlicher Aufwand von 3 Millionen Franken. Das Gegenteil dessen, was uns versprochen wurde, passiert: Es kostet immer mehr. Das liegt aus meiner Sicht an den obersten Verantwortlichen, an denjenigen, die planen und die uns erzählen, sie würden Synergien schaffen. Nun sagt die SP auch noch, dass es hier Sparpotenzial gebe, man aber trotzdem den eingestellten Betrag zustimme. Diese Haltung kann ich nicht nachvollziehen.

S. 336 **50**
5026
3020 0000

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Musikschule Konservatorium Zürich
Löhne der Lehrkräfte

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
294. Antrag Stadtrat			36 536 000	Mehrheit
	187 500		36 348 500	Minderheit 1
	2 036 000		34 500 000	Minderheit 2
Begründung: SVP/FDP: Rückbau des Lehrkörpers - Übergang von der Bedarfs- zur Angebots-Betriebssteuerung; GLP/CVP: Verzicht Stellenschaffung				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(36 536 000)	61 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(36 348 500)	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(34 500 000)	<u>43 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 61 gegen 43 Stimmen zugestimmt.

Antrag 295.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Die Minderheit 1 beantragt eine Kürzung um 300 000 Franken bei den Entschädigungen an VikarInnen. Die Kosten für den Lehrkörper wachsen überproportional. Gleichzeitig braucht die Musikschule mehr Vikariate. Die Musikschule kann die Gründe dafür nicht nennen, sondern gibt lediglich zur Auskunft, dass das derzeitige System keine Auswertungsmöglichkeit zulässt. Dies bei notabene 580 Vollzeitstellen und 28 Vikariaten. Das ist nicht verantwortungsvoll.

Samuel Dubno (GLP): Der Antrag der Minderheit 2 hängt mit Antrag 294 zusammen. Die Erhöhung der Vikariatsstellen wird mit zunehmendem Personal begründet. Wir wa-

ren dort dagegen. Doch die beiden Anträge hängen zusammen und der Antrag der Minderheit 1 ist für uns zu gross. Deshalb ziehen wir uns zurück und enthalten uns in der Schlussabstimmung.

Andrea Nüssli (SP): Die Stellen für die Vikariate hängen mit der Stellenerweiterung des vorherigen Antrags zusammen. Deshalb lehnt die Mehrheit hier Kürzungen ab.

S. 336	50 5026 3029 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Musikschule Konservatorium Zürich Entschädigungen an VikarInnen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
295.	Antrag Stadtrat				1 130 000	Mehrheit
			300 000		830 000	Minderheit 1
			60 000		1 070 000	Minderheit 2
		Begründung:	GLP/CVP: Minderbedarf aufgrund Verzicht Stellenschaffung; SVP/FDP: Rückbau des Lehrkörpers - Übergang von der Bedarfs- zur Angebots-Betriebssteuerung			

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit 2 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 296.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Für temporäre Aktionen in der Öffentlichkeitsarbeit der Musikschule Konservatorium sind 60 000 Franken budgetiert. Unter anderem wird vier Mal jährlich ein Kundenmagazin herausgegeben. Unserer Meinung nach könnten diese Publikationen auch via Internet publiziert werden. Die Mehrheit beantragt eine Reduzierung des Kundenmagazins auf zwei Ausgaben pro Jahr. Dies entspricht einer Kürzung um 20 000 Franken.

Andrea Nüssli (SP): Bei diesem Posten geht es primär um das Magazin, das die Musikschule zusammen mit Partnern wie der Tonhalle publiziert. Es stellt auch eine Werbepattform dar, die wiederum Möglichkeiten zu Einnahmen für die Musikschule bietet. Wenn das Magazin nur noch zwei Mal jährlich erscheint, kann dem nicht mehr Rechnung getragen werden. Deshalb ist es wichtig, dass es weiterhin vier Mal jährlich herausgegeben wird. Dies passt auch zum Schuljahr, das in vier Quartale eingeteilt ist.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Die GLP schliesst sich der Minderheit an.

S. 337	50 5026 3107 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Musikschule Konservatorium Zürich Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
296.	Antrag Stadtrat				60 000 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			20 000		40 000 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
		Begründung:	Kundenmagazin auf zwei Mal pro Jahr kürzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 297.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Es geht um Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Gesundheitsdienst. Die Minderheit fordert einen Rückbau von Therapien und Suchtprävention. Dazu gehören unter anderem audiopädagogische Beratung und Therapie, Psychotherapie, Moderationen, Interventionen, Alkoholtestkäufe und Theaterprojekte. Oft werden Befunde diagnostiziert, die überhaupt nicht vorhanden sind und es wird therapiert. Liegt tatsächlich eine ernsthafte gesundheitliche Erkrankung vor, werden die Kosten von der Krankenkasse gedeckt. Hier können 920 400 Franken eingespart werden.

Andrea Nüssli (SP): Kürzungen machen insbesondere in der Therapie von kriegstraumatisierten Kindern keinen Sinn. Es handelt sich um wichtige Angebote für einzelne Kinder. Sie sollen die Möglichkeit haben, durch diese Therapie und Betreuung später eine Ausbildung zu absolvieren und selbstständig ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Wenn man Kinder frühzeitig unterstützt, sind diese später lebensfähiger.

S. 340	50 5050 3180 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulgesundheitsdienste Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
297.	Antrag Stadtrat				1 703 000 Mehrheit 92 500 N	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			920 400		875 100 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Rückbau Therapie, Suchtprävention, etc.			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 920 400 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 298.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Fachschule Viventa beantragt für die Entlohnung der Lehrkräfte 15,2 Millionen Franken. Die SVP beantragt eine Kürzung von 2,2 Millionen Franken. Die Erwachsenenbildung der Fachschule Viventa hat im Jahr 2013 sagenhafte 4,7 Millionen Franken Defizit gebracht. In den letzten fünf Jahren stieg das Defizit auf 22 Millionen Franken. Das Kursgeld pro Lektion beträgt bei der Fachschule Viventa 3 Franken. Trotz der Defizite wurde dieser Betrag nicht korrigiert. Auch die Kinderbetreuung der Viventa ist ausgesprochen günstig. Die Kantonsverfassung besagt, dass die Gemeinden ihren Finanzhaushalt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit führen müssen. Dies scheint die Mehrheit im Rat offenbar nicht zu kümmern.

Andrea Nüssli (SP): Die Situation muss tatsächlich überprüft werden. Die Fachschule Viventa wird das Angebot der Erwachsenenbildung neu strukturieren und den Kostendeckungsgrad anpassen. Die Ausarbeitung einer neuen Strategie dauerte jedoch mit dem Wechsel in der Leitung der Viventa etwas länger. Auf das Schuljahr 2015/16 sollen neue Angebote und ein angepasstes Kursgeldreglement eingeführt werden. Die Mehrheit erwartet, dass hier noch etwas geschieht und stimmt dem Stadtrat zu.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Auch hier sagt die SP wieder, dass sie eigentlich sparen möchte. Sie tut es aber nicht. Sie nimmt ihre Verantwortung nicht wahr. Mir scheint, die SP will grundsätzlich nicht sparen, weil das sonst jemanden aus ihrer Klientel schmerzt. Das kommt einer Bankrotterklärung gleich.

S. 342	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5063	Fachschule Viventa				
	3020 0000	Löhne der Lehrkräfte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
298.	Antrag Stadtrat				15 219 900	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			2 220 000		12 999 900	Minderheit
						Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
						Enthaltung
						Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Personalabbau, Weiterbildung - Aufgrund massiver Defizite		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 299.

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK ist nach der Lektüre der Antworten einstimmig zum Schluss gekommen, dass ein Aufschlag von 30 000 Franken auf die Rechnung 2013 ausreicht. Wir reduzieren den Betrag deshalb um 30 300 Franken.

S. 343	50 5063 3180 0000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Fachschule Viventa Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
299.	Antrag Stadtrat		30 300		197 200 166 900	Zustimmung Enthaltung
			Begründung:	Fr. 30 000 mehr als Rechnung 2013 sollten reichen. Einsparungen beispielsweise bei Grafikkosten und Managementssupport für die Qualitätsleitung		
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die RPK neu eine Kürzung um 30 300 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 300.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Minderheit 1 beantragt auf dem Saldo des Sportamts eine Kürzung um 477 300 Franken, die sich in erster Linie aus Kürzungen auf REMO-Konten zusammensetzt, wo bereits Tabellenkürzungen vorgenommen wurden.

Raphaël Tschanz (FDP): Die Minderheit 2 beantragt eine Kürzung von 1 209 500 Franken. Bezüglich der Begründung teilen wir die Meinung der Minderheit 1.

Andrea Nüssli (SP): Die Mehrheit lehnt wie auch bereits bei den Tabellenkürzungen «Rasenmäheranträge» ab und stimmt deshalb dieser Verbesserung nicht zu.

S. 345	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5070	Sportamt			
	Saldo	Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
300.	Antrag Stadtrat			78 443 100	Mehrheit
		477 300		77 965 800	Minderheit 1
		1 209 500		77 233 600	Minderheit 2
					Enthaltung
		Begründung:	SVP/FDP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3010, 3091, 3092, 3101, 3107, 3111, 3170, 3180, 3182 GLP: Kürzung Saldo analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3092, 3099, 3101, 3107, 3111, 3149, 3170, 3180		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(78 443 100)	67 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(77 965 800)	14 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(77 233 600)	<u>42 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 301.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Das Sportamt konnte mehrere Veranstaltungen zusätzlich im Letzigrund buchen. Das ergibt einen Mehrertrag von 430 000 Franken.

Severin Pflüger (FDP): Die FDP wechselt zur Mehrheit.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli (SP): Die SP kann die Argumentation der AL nachvollziehen und wechselt zur Mehrheit.

Roger Liebi (SVP): Auch die SVP wechselt zur Mehrheit.

S. 345 **50**
5070
PG 1

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Sportamt
Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
301.	Antrag Stadtrat		46 868 900	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP)
	430 000		46 438 900	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP)
				Enthaltung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	Begründung: Erhöhung der Einnahmen aus Grossveranstaltungen im Stadion Letzigrund				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 302.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Andrea Nüssli (SP): Im Globalbudget ist ersichtlich, dass Reserven für Sportveranstaltungen eingeplant sind. Gemäss den Antworten auf unsere Rückfragen ist im Moment noch nichts geplant. Deshalb sind wir der Meinung, dass 150 000 Franken eingespart werden können. Falls nötig könnte der Stadtrat immer noch einen Zusatzkredit beantragen.

Dr. Urs Egger (FDP): Der Stadtrat hat den Betrag unserer Meinung nach richtig budgetiert. Es braucht eine gewisse Reserve.

S. 345 **50**
5070
PG 2

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Sportamt
Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
302.	Antrag Stadtrat		4 569 500	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP)
	150 000		4 419 500	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Begründung: Keine Reserven für Sportgrossveranstaltungen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 21 Stimmen zu.

577. 2014/280

**Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktgruppen-
Globalbudgets)**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2015 werden genehmigt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 18 667 200.– nach erfolgter Lohnrunde 2015 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
4. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird genehmigt.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2015 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2015 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Schlussdebatte zum Budget 2015

Martin Bürlimann (SVP): *Wir haben das Defizit um gefühlte 1.95 Franken gesenkt. Es braucht eine Budgetsanierung, keine Budgetkosmetik. Unsere Anträge wurden oft als «Rasenmäheranträge» bezeichnet. Auf einer Wiese jedoch, die nie gemäht wird, wächst Unkraut, bis die Wiese zerstört ist. Beim Rasenmähen kann man im Übrigen durchaus auch einzelne Pflanzen stehen lassen. Auch das Schneiden von Bäumen ist ein guter Vergleich: Schneidet ein erfahrener Gärtner einen Baum, entfernt er einen grossen Ast. Wird der Baum nicht geschnitten, wächst das Holz, aber nicht die Äpfel. Wird der Baum richtig geschnitten, spriesst der Baum wieder und die Äpfel wachsen. Das ist das Fazit der städtischen Budgetdebatte.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Auf der rot-grünen Seite war kein Sparwille vorhanden, in Richtung eines ausgeglichenen Budgets zu gehen. Der Stadtrat sagte in der Eintretensdebatte, dass allfällige Kürzungen wieder über Zusatzkredite hineingeholt werden und das Wenige, das wir korrigiert haben, wieder rückgängig gemacht wird. Die FDP erwartet klar, dass der Stadtrat nun eine Strategie bekannt gibt, wie innert nützlicher Frist ein ausgeglichenes Budget erreicht werden soll. Man kann nicht einfach die Einnahmen erhöhen. Damit wird die Bevölkerung belastet. Auf der Ausgabenseite müssen Senkungen vorgenommen werden. Das wird auch bei den Lohnkosten der Fall sein. Unser Vorschlag, dies schrittweise zu tun, wurde leider abgelehnt. Des Weiteren ist zu sagen, dass die Mehrheiten in dieser Debatte teils auf sehr wunderliche Weise zustande kamen. Es handelte sich manchmal fast schon um Zufallsentscheide. Die FDP hat ein ausgeglichenes Budget angestrebt. Wir haben von Beginn an klar gesagt, dass wir das Budget ablehnen werden, wenn das Endergebnis zu weit von unserem Ziel entfernt ist.*

Roger Liebi (SVP): Das Defizit beträgt immer noch 124 Millionen Franken. Die SVP hat von Beginn an klargestellt, dass sie nur ein mindestens ausgeglichenes Budget unterstützen wird. Wir müssen das Budget deshalb ablehnen. Der Stadtrat ist führungslos, tatenlos, willenlos und hilflos. Er fährt mit der Politik des Nichtstuns und Nichtwollens an den Abgrund. Die Grünen haben vielleicht vier oder fünf Sparanträge gestellt. Die SP will gemäss Fraktionserklärung das Defizit in den nächsten Jahren auf eine schwarze Null reduzieren, dabei aber die richtigen Prioritäten setzen. Die SP hat jedoch überhaupt keine Prioritäten gesetzt. Sie hat nur das nachvollzogen, was der Stadtrat präsentiert hat. Das ist keine verantwortungsvolle Parlamentspolitik. Irgendwann wird das Defizit über Steuererhöhungen finanziert werden müssen, weil man das systemische Defizit nicht einmal im Ansatz anpacken will.

Walter Angst (AL): Wir haben in dieser Budgetdebatte tatsächlich keine Sanierung hergezaubert. Die AL ist aber auch der Meinung, dass es nicht sehr zielführend wäre, mit dem dicken Rotstift durch das Budget zu fahren, nur damit ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann. Das budgetierte Defizit muss zumindest die Chance offen lassen, dass das Eigenkapital in Zeiten mit sehr gut fliessenden Einnahmen nicht verbraucht wird. Eine Rückweisung des Budgets wäre unverhältnismässig und weder für das Personal noch in finanzieller Hinsicht zumutbar. Die Botschaft an den Stadtrat ist klar: Der Ausgleich des strukturellen Defizits muss dringend und rasch herbeigeführt werden. Er kann nicht alleine über Gebührenerhöhungen realisiert werden. Wir sind auch auf eine effizientere Verwaltung angewiesen. Die Mehrstellen müssen zumindest teilweise durch Reduktionen an anderen Orten finanziert werden. Die Senkung des Steuerfusses von 2008 sollte zurückgenommen werden. Wir möchten durch Steuererhöhungen aber nicht Defizite ausgleichen, sondern eine solide Basis für die Finanzierung und Umsetzung von Zukunftsprojekten schaffen.

Samuel Dubno (GLP): Man kann nicht sehr froh sein über das Resultat. Die GLP wäre da und dort bereit gewesen, den Aufwand etwas mehr zu reduzieren. Aber insgesamt wurde der Aufwand um mehr als erwartet reduziert. Wir bedauern aber auch diejenigen Verschlechterungen, die beim Budget beschlossen wurden und ohne die Stimmen der GLP zustande kamen. Doch insgesamt würden wir es für verantwortungslos halten, das Budget nach dieser Debatte abzulehnen. Im Gegensatz zur AL würden wir einer Steuererhöhung nicht zustimmen. Zur Rolle der CVP: Meiner Meinung nach müsste die CVP, die einen Sitz in der RPK erhalten hat, etwas mehr Einsatz zeigen.

Markus Knauss (Grüne): Ich möchte die FDP auf ihre langfristige Finanzplanung ansprechen. Die FDP hatte 2008 grosse Angst um die städtischen Finanzen und sprach davon, im Jahr 2010 würde noch ein Eigenkapital von 400 Millionen Franken bleiben. Ende 2015 werden wir mit dem Budget von heute ein Eigenkapital von rund 470 Millionen Franken haben. Wir stehen demnach viel besser da als von der FDP vorhergesagt. Zu den «Rasenmäheranträgen»: Weniger wäre manchmal mehr. Die SVP überbietet sich mit Vorschlägen, wie man noch mehr sparen könnte. Vielleicht würde es ausreichen, das bereits Erreichte nur schon einmal zu konsolidieren. Wir haben ein Interesse an einer funktionierenden Stadt. Die SVP sollte etwas mehr finanzpolitische Kompetenz zeigen und weniger Rundumschläge machen.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Gewisse Parteien auf der rechten Seite hatten das Ziel, bis zu 200 Millionen Franken einzusparen. Dazu war ihnen jedes Mittel recht. Wir mussten tabellarische Kürzungen erdulden wie zum Beispiel diejenige bei der Aus- und Weiterbildung bei Schutz und Rettung. Bei diesen Kürzungen werden die Falschen getroffen, wie Roger Tognella (FDP) sogar selber eingesehen hat. Die Zusatzkredite werden nächstes Jahr kommen und wir werden sehen, ob die SVP dann den Entscheid

korrigieren wird. Problematisch fanden wir insbesondere den Antrag, bei dem die Bürgerlichen bei den Personalkosten 37 Millionen Franken einsparen wollten. Sie wollten im zweiten Halbjahr von 2015 kein Personal mehr ersetzen. Das ist ein unseriöser Umgang mit den personellen und finanziellen Ressourcen unserer Stadt. Ebenfalls problematisch: Es gibt hier Parteien, die für die gesamte Stadtverwaltung Globalbudgets einführen wollen. Gleichzeitig stellten dieselben Parteien Anträge auf einzelnen REMO-Konten. Das ist in unseren Augen kein adäquater Umgang mit einem Instrument wie dem Globalbudget. Insgesamt kann man uns nicht vorwerfen, dass wir nicht unseren Beitrag geleistet hätten, um Einsparungen vorzunehmen. Wir haben im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement sehr viele Anträge gestellt, die auch eine Mehrheit gefunden haben. Auf grosse Verschlechterungen haben wir verzichtet. Auch uns ist die finanzielle Zukunft der Stadt wichtig.

Min Li Marti (SP): *Wir werden dem Budget zustimmen. Ein Wort zur CVP: Es geht hier nicht nur um Verantwortung, sondern auch um Redlichkeit. Die CVP stellte keinen einzigen Antrag und hat in der RPK auch nicht mit Fragen, Ideen oder sonstigen Diskussionen gegläntzt. Nun will sie das Budget ablehnen, weil zu wenig gespart wurde. Wir haben der CVP einen Sitz in der RPK abgegeben, weil wir gehofft haben, dass sie sich konstruktiv am Prozess beteiligt. Sie hat sich jedoch oft enthalten und wir wussten manchmal bis zum Schluss nicht, wie die CVP stimmen wird. Das ist eine schwache Leistung. Bei ihrem Vertreter im Stadtrat wiederum war sie sehr besorgt, dass in dessen Departement nichts gekürzt wird. Zur Rolle des Stadtrats: Der Stadtrat wurde von allen Seiten gescholten, er habe keine Ahnung, wie und wo gespart werden könne. Nach über dreissig Stunden Budgetdebatte bin ich aber nicht sicher, ob der Gemeinderat eine grössere Ahnung davon hat. Im Übrigen: Die Mehrheit im Ratssaal ist nicht rot-grün. Sie ist bürgerlich. Doch die Bürgerlichen haben es offenbar nicht zustande gebracht, sich zusammenzuraufen. Ich hoffe, wir schaffen es nächstes Jahr, eine bessere und konstruktivere Budgetdebatte zu führen.*

Severin Pflüger (FDP): *Ich komme nun zu den Daten. Und ich muss sagen, ich habe keine erfasst. Der Grund ist eigentlich ganz einfach, ich habe diese Fahne angeschaut und bin zur Einsicht gekommen, dass alles von einer Person abhängt und ob alle Ratsmitglieder anwesend sind. Ich bin dann davon ausgegangen, dass das wie gewürfelt ist und ein stochastisches Ergebnis, statistisch zu erfassen, daran habe ich kein Interesse. Da könnte ich auch zu Hause bleiben, den Würfel fallen lassen und das Ergebnis aufschreiben. Deshalb habe ich mich in dieser Budgetdebatte eigentlich auf den Stadtrat konzentriert. Wenn man vom Stadtrat aber im Allgemeinen nur sehr wenig hört, wie er funktioniert, dann ist das die Aufgabe eines Kreminologen. Und ein Kreminologe kann sich nur auf Dinge stützen, die öffentlich sind. Ich fasse kurz zusammen, was uns der Stadtrat im Vorfeld dieser Budgetdebatte hat zukommen lassen: Das ist dieses Telefonbuch, also das Budgetbuch. Er hat uns, vor Urzeiten gesagt, es gebe 17/0 und Plafonds. Kurz vor der Budgetdebatte sagte der Stadtrat, 17/0 erreiche er nicht und die Plafonds gebe er nicht bekannt. Das brachte mich zur ersten Arbeitshypothese: Es werden nicht alle Stadträte den Plafond nicht beachtet haben. Dann nehme ich dieses dicke Buch und siehe da, es gibt doch Stadträte, die haben in ihren Departementen einen Plafond eingehalten. Sie haben Kürzungen von 10 % vorgenommen und 10 % ist eine Zahl die Sinn macht. Es ist eine Zahl die man vorgeben kann und typisch für einen solchen Prozess ist. Es gibt aber auch Stadträte, die keinen Plafond eingehalten haben. Und so komme ich zur zweiten Arbeitshypothese: Diejenigen, welche den Plafond nicht eingehalten haben, müssten eigentlich froh sein, wenn der Gemeinderat bei ihrem Budget kürzt. Dann können sie sich zurückhalten und sagen, sie hätten den Plafond eingehalten und das Ziel erreicht. Gegenüber den Mitarbeitenden können jedoch sie sagen, der Gemeinderat sei Schuld. Diese Hypothese hat sich aber nicht bewahrheitet. Diejenigen, die keine Budgetverbesserungen*

gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen haben, leisteten im Rat am meisten Widerstand. Sie haben sich durch die Gemeinderäte am meisten provozieren lassen und das ist interessant. Sie hätten sagen können, sie seien froh, dass der Gemeinderat ihre Arbeit erledige. Jedoch haben sie sich provozieren lassen und ihr Budget verteidigt, manchmal mit starken Argumenten und sehr oft mit schwachen Argumenten. Diese Tatsache zeigt, dass die Stadträte spärlich sind. Fatal ist, dass die Wahlen erst vor Kurzem stattgefunden haben. Die Stadträte sind nun für vier Jahre gewählt und ich habe keinen Einfluss auf sie. Ich kann lediglich im Gemeinderat sprechen und hoffen, dass sie mir zu hören und mein Anliegen ernst nehmen. Wir als Wähler und Gemeinderäte müssen uns vergegenwärtigen, dass der in vier Jahren neu gewählte Stadtrat herkulische Aufgaben hat, sofern der heutige Stadtrat nicht einlenkt. In vier Jahren ist es wichtig, das Personal sehr genau auszuwählen. Was noch speziell ist, und das ist nun eher eine Anekdote. Der Polizeivorstand hat uns am Freitag gesagt, er sei bekannt als toleranter Polizeivorstand. Klar, das wird ihm auch angekreidet. Er hat uns auch gesagt, er habe 20 % weniger Bewerbungen und hat dies mit dem Werbebudget korreliert. Das war am Freitagnachmittag und bereits am Abend hat es in der Stadt gebrodelt. Da haben revolutionäre Aufbauten dafür geschaut, dass sie diejenigen Fotos für die Zeitung haben, die sie gerne sehen. Die Revolutionsfotos, die haben sie provoziert, dass sie diese machen können. In der Zeitung hiess es dann, der Stadtrat, der Probleme hat Polizisten zu finden oder weniger Bewerbungen hat oder sehr tolerant ist, sei bereits in den Ferien oder im Wochenende gewesen. Das ist eine spezielle Anekdote, die ich hier nicht vergessen wollte. Und am nächsten Morgen wurden diese noch gleichgesetzt mit dem hedonistischen Volk. Wir haben nun eine Woche lang gehört, wie das Gewaltpotenzial ist.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Eine Klärung zum Votum von Severin Pflüger (FDP): Ich fuhr an jenem Freitag nach Arbeitsschluss ins Ferienhaus und wurde um 23 Uhr über die Ereignisse informiert. Am Samstagmorgen war ich in Zürich, um mich damit zu befassen. Ich verstehe nicht, wo das Problem für Severin Pflüger (FDP) liegt.*

Mauro Tuena (SVP): *Bei einer Mehrheit in diesem Rat ist der Sparwille nicht vorhanden. Der Stadtrat sagte vorgängig, dass das Ziel, 2017 ein ausgeglichenes Budget zu haben, nicht erreicht werden könne. Das Eigenkapital werden wir gemäss Stadtrat bis spätestens Ende 2017 vollständig aufgebraucht haben. Es sollte eigentlich benutzt werden, wenn die Steuereinnahmen zu einem grossen Teil wegfallen. Das ist momentan nicht der Fall. Was unternimmt der Stadtrat, wenn das Defizit noch höher wird, die Steuereinnahmen wegfallen und er über kein Eigenkapital mehr verfügt? Wir haben vor dieser Entwicklung gewarnt. Doch SP, Grüne, AL und GLP wollen ihrer Klientel einfach nur geben, geben und noch mehr geben. Das Ziel der SVP war, mit einem ausgeglichenen Budget ins neue Jahr zu gehen. Das sind wir der Bevölkerung auf der Strasse schuldig. Mit einem so kleinen Sparbetrag wie 30,3 Millionen Franken können wir der Bevölkerung nicht mehr guten Gewissens in die Augen blicken. Aus diesem Grund werden wir das Budget ablehnen. Wir fordern den Gesamtstadtrat und die Mehrheit des Parlaments auf, alles daran zu setzen, dass wir künftig so schnell wie möglich ausgeglichene Budgets erreichen.*

Rebekka Wyler (SP): *Die SVP hat sich auf einen radikalen Standpunkt gestellt und diesen durchgezogen. Sie hat teilweise sogar kleinere Kürzungen nicht unterstützt, nur weil die grösseren nicht durchkamen. Man würde mehr erreichen, wenn man das Gespräch suchen würde. Die AL ist ein gutes Beispiel dafür. Sie konnte Mehrheiten für Kürzungsanträge beschaffen. Die FDP hat sich in dieser Debatte primär als Anhängsel der SVP gezeigt. Dass die CVP das Budget ablehnen will, finde ich angesichts des*

Arbeitsaufwands der CVP problematisch. Die GLP ist relativ geschickt vorgegangen und kann nicht allzu unzufrieden sein. Die Kürzungen bewegen sich für die einen am oberen, für die anderen am unteren Rand. Die Arbeit wird weitergehen. Es wird Gespräche zwischen der RPK und dem Finanzvorstand geben. Ich hoffe, dass wir auf einem guten Weg sind. Darauf müssen wir achten. Doch wir stehen nicht am Rande des Abgrunds.

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP wird das Budget ablehnen. Unser Ziel war wie auch in den letzten Jahren eine schwarze Null oder zumindest eine substanzielle Reduktion des Defizits. Wir können dem Budget dieses Jahr nicht mehr mit gutem Gewissen zustimmen. Wir wollten mit Augenmass sparen. Wir haben uns sehr genau überlegt, welche Anträge wir unterstützen. Der Stadtrat selber sagte kurz vor der Budgetdebatte, dass das Ziel 17/0 nicht erreicht werden wird. Das zeigt mir, dass der Sparwille noch nicht wirklich vorhanden ist. Einsparungen in der Höhe von 30 Millionen Franken sind für uns definitiv zu gering. Die Trendwende Richtung schwarze Null ist nicht eingeläutet. Unserer Meinung nach ist der Stadtrat mit seinen Sparbemühungen aber auf dem richtigen Weg. Er sollte diese intensivieren. Der Steuerfuss sollte unserer Meinung nach nicht erhöht werden.*

Roger Tognella (FDP): *Die AL hat klare Worte gefunden und zeigt einmal mehr Verantwortungsbewusstsein, auch wenn wir mit dem Fazit der AL zur Steuererhöhung nicht einverstanden sind. Doch es lässt mich hoffen, dass in der nächsten Budgetdebatte noch andere Mehrheiten möglich sind. Die GLP hat nichts darüber ausgesagt, welche Zahl sie angestrebt hat. Das Parlament hat keine gute Arbeit geleistet, der Stadtrat ebenso wenig. Die Grünen negieren, dass wir auf ein Budgetdefizit von 300 Millionen Franken zurasen. Bezüglich des Antrags zur Fluktuation des Personals: Die Idee wäre gewesen, zwei Drittel der Fluktuation abzufangen. Das wäre ein Effekt von 37 Millionen Franken gewesen. Es wäre nicht auf dem Buckel des Personals gespart worden. Mit Massnahmen wie dieser könnte man das Budget ins Lot bringen. Doch man wollte diese 37 Millionen Franken nicht einsparen. Diese insbesondere von den Grünen betriebene Politik wird am Ende in Steuererhöhungen und Sparmassnahmen münden. Die FDP hält weiterhin an einer ausgeglichenen Budgetierung bei einem ausgewiesenen strukturellen Defizit fest, insbesondere in Jahren mit ausgewiesenen hohen Steuereinnahmen. 17/0 ist immer noch ein ernstzunehmendes Ziel. Der Stadtrat tut gut daran, sich an seine eigenen Vorgaben zu halten.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Auf der rot-grünen Seite im Parlament und im Stadtrat ist nicht der geringste Sparwille erkennbar, obwohl die Stadt vor dem Abgrund steht. Die einzigen Sparbemühungen von dieser Seite waren Trotzreaktionen, etwa in Fällen, wo keine Velowege eingeplant worden waren. In diesen Fällen wurden Einsparungen befürwortet. Das gleiche geschah, wenn es um Temporeduktionen ging. Die Gespräche wurden dann manchmal auch gehässig und über gewisse Fragen durfte nicht mehr diskutiert werden. Das ist in einer Demokratie strukturell bedenklich. Bei der GLP ist mir ein gewisser Zweckoptimismus aufgefallen. Sie war bisher finanzpolitisch auf einem gesunden Weg. Plötzlich vertritt sie nun die Meinung, man habe genug gespart und könne dem Budget zustimmen. Bei der AL wiederum habe ich Zweckdrohungen beobachtet: Sie sagte zu Beginn, dass sie, sollten gewisse Kürzungsanträge angenommen werden, das Budget ablehnen würde. Um welche Anträge es sich handelte, ist nicht bekannt. Nun hat die AL dem Budget aber zugestimmt. Ein weiterer Punkt: Die SP sprach von einer bürgerlichen Mehrheit im Rat. Dem kann ich nicht zustimmen, wenn die GLP sich bei Umweltthemen auf die Seite der Grünen begibt und mit ihrem Zweckoptimismus auch noch auf die Seite der SP. Immerhin zeigt die CVP Charakter und lehnt das Budget ab.*

Marc Bourgeois (FDP): *Unsere Kinder sollen nicht für unsere heutige Masslosigkeit bezahlen müssen. Die Sozialisten und Grünen versuchen wie ein Rudel Raubtiere, für ihre Nächsten für das kommende Jahr die fettesten Stücke herauszureissen. Bei der AL ist manchmal noch ein Hauch von Ethik und Verantwortungsbewusstsein erkennbar. Die wahren Profiteure sind aber meistens gar nicht diejenigen, für die sich Rot-Grün einzusetzen vorgibt. Es geht Rot-Grün nicht um Kleinkinder, Behinderte, Lärmgeplagte oder Schulkinder. Es geht um diejenigen, die mit der Bewirtschaftung dieser Gruppe Geld verdienen. Und es geht darum, diejenigen zu gängeln, die sich nicht einer rot-grünen Lebensweise unterwerfen können oder wollen, wie zum Beispiel die Autofahrenden oder Gewerbebetreibenden. Das ist eine verlogene Argumentationsweise. Doch der Linken gelingt es erfolgreich, die Ausgaben stets stärker wachsen zu lassen. Tatsache ist: Selbst bei rekordhohen Steuereinnahmen wie dieses Jahr reicht das Geld nirgendwo hin. Die Ausgaben steigen noch viel rasanter. Wer sparen will, muss sich von Rot-Grün immer dieselben Worte anhören: Alles ist unentbehrlich, alles ist eine zwingende Staatsaufgabe, Sparansätze sind in jedem Fall unrealistisch und jeder Sparantrag ist entweder formell oder juristisch falsch. Das Verhalten der Linken ist nicht nachhaltig. Leidtragende werden diese sein, für die man sich einzusetzen vorgibt. Dort wird zuerst gestrichen werden.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 37, Beschluss-Nr. 577/2014).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 17. Dezember 2014, 20.30 Uhr.